

Antrag

der Fraktion der AfD

Kulturhoheit bewahren, Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten erhalten, Bundesmittel in Thüringen verwalten

I. Der Landtag

1. begrüßt die Bereitschaft des Bundes, im Rahmen des auf acht Jahre angelegten Sonderinvestitionsprogramms I bei Kofinanzierung aus Landesmitteln in gleicher Höhe jeweils 100 Millionen Euro für die Bewahrung des historischen Residenzerbes in Thüringen und Sachsen-Anhalt zur Verfügung zu stellen;
2. begrüßt ferner die Bereitschaft des Bundes, dauerhaft auch laufende institutionelle Betriebskosten von Schlössern und Gärten in Thüringen und Sachsen-Anhalt mitzutragen;
3. stellt fest, dass eine operative länderübergreifende Stiftung zur Verwaltung, Erhaltung, Sanierung und Entwicklung historischer Thüringer Liegenschaften und deren Kunst- und Kulturgütern nicht erforderlich ist;
4. befürwortet den Erhalt der bewährten Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten;
5. erkennt in dem vorliegenden Entwurf eines Staatsvertrags über die Errichtung einer "Kulturstiftung Mitteldeutschland Schlösser und Gärten" die weitgehende Preisgabe der Kulturhoheit des Freistaats in einem für die kulturelle Identität Thüringens eminenten Bereich;
6. erkennt in dem vorliegenden Entwurf eines Staatsvertrags über die Errichtung einer "Kulturstiftung Mitteldeutschland Schlösser und Gärten" eine mangelnde Berücksichtigung der betroffenen kommunalen Interessen in Thüringen;
7. lehnt den vorliegenden Entwurf eines Staatsvertrags über die Errichtung einer "Kulturstiftung Mitteldeutschland Schlösser und Gärten" als nicht im Interesse Thüringens und seines kulturellen Erbes liegend ab;
8. befürwortet, dass die im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms I zur Verfügung zu stellenden Mittel des Bundes und die entsprechenden Mittel der Kofinanzierung aus dem Landeshaushalt entweder direkt durch die bestehende und zu diesem Zweck gegebenenfalls zu erweiternde Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten sowie weitere Einrichtungen verwaltet oder durch eine zu gründende länderübergreifende Förderstiftung abgerechnet werden, die die Mittel an die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten sowie weitere Einrichtungen ausgibt und keine operative Funktion ausübt.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
1. die Kulturhoheit des Landes auch angesichts der Zusage großer Fördersummen durch den Bund zu bewahren und zu verteidigen;
 2. vom vorliegenden Entwurf eines Staatsvertrags über die Errichtung einer "Kulturstiftung Mitteldeutschland Schlösser und Gärten" Abstand zu nehmen;
 3. anstatt in Nachverhandlungen zu dem vorliegenden Staatsvertragsentwurf einzutreten Neuverhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten zu erhalten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass entweder die Bundesmittel des Sonderprogramms I der Thüringer Stiftung und weiteren Einrichtungen direkt zugewiesen werden können oder eine länderübergreifende Förderstiftung gegründet werde, die die Mittel an die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten sowie weitere Einrichtungen ausgibt;
 4. zusammen mit den betroffenen Akteuren ein Konzept auszuarbeiten, auf dessen Grundlage die Museen und Sammlungen in den Liegenschaften der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten sowie Betrieb, Verwaltung und Gestaltung der Liegenschaften unter einem gemeinsamen Dach zusammengeführt werden können.

Begründung:

Seit im November 2018 durch einen Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses des Bundestags die Möglichkeit eröffnet wurde, dass im Rahmen eines Sonderinvestitionsprogramms jeweils 100 Millionen Euro für den Erhalt und die Sanierung von Schlössern und Gärten in Thüringen und Sachsen-Anhalt über den Zeitraum von acht Jahren zur Verfügung gestellt werden können, wurde der Plan verfolgt, eine länderübergreifende Stiftung mit Beteiligung des Bundes zu gründen, die diese Mittel verwalte. Die Mittelvergabe des Bundes wurde politisch von vornherein an die Bedingung geknüpft, dass eine solche Stiftung gegründet werde und die beteiligten Länder zur Kofinanzierung entsprechende Landesmittel zur Verfügung stellten.

Seither war das Vorhaben der länderübergreifenden Stiftung nicht nur Gegenstand mehrerer Beratungen im Kulturausschuss und im Plenum des Thüringer Landtags, sondern auch einer parlamentarischen Sachverständigenanhörung sowie einer anhaltenden breiten öffentlichen Diskussion in Thüringen.

Das in den erwähnten parlamentarischen Debatten von verschiedener Seite favorisierte Modell einer zu gründenden Förderstiftung, über die die Abwicklung der entsprechenden Bundes- und Landesmittel erfolgen könne, ohne dass das Eigentum an Objekten übertragen würde, fand in den Verhandlungen zwischen den beteiligten Ländern und dem Bund offensichtlich keine hinreichende Resonanz. Damit wurde auch der mit dem Modell einer länderübergreifenden Förderstiftung verbundene Erhalt der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten hinfällig. Jedenfalls sieht der Entwurf eines Staatsvertrags über die Errichtung einer "Kulturstiftung Mitteldeutschland Schlösser und Gärten", der in einer Fassung vom 11. Mai 2020 der Öffentlichkeit bekannt wurde, weder eine reine Förderstiftung noch den Erhalt der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten vor.

Vielmehr soll mit dem Vertrag die Thüringer Stiftung aufgelöst werden und (gemeinsam mit der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt) in die neue Stiftung übergehen, die (entsprechend dem Vertragsentwurf) so bis auf eine Ausnahme alle Liegenschaften der Stiftung Thüringer Schlösser

und Gärten übernimmt. Darüber hinaus lässt der Vertragsentwurf erkennen, dass mit der neuen Stiftung die Kulturhoheit Thüringens und die kulturpolitischen Interessen des Freistaats und seiner Kommunen massiv beeinträchtigt werden. So hat die im Vertrag vorgesehene Struktur des Stiftungsrats zur Folge, dass dessen Entscheidungen gegebenenfalls auch gegen die Stimmen Thüringens getroffen werden können. Im Übrigen soll die neue Stiftung institutionell ganz überwiegend in Sachsen-Anhalt verankert sein. Sie soll ihren Sitz in Halle haben, während in Rudolstadt, dem Sitz der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten, "ein Verwaltungsstandort eingerichtet" (§ 1 Abs. 2 Vertragsentwurf) werden soll; die Rechtsaufsicht, das Recht der Haushalts- und Wirtschaftsprüfung und die Rechnungsprüfung sollen Sachsen-Anhalt obliegen. Die Kommunen, zu deren Gebietskörperschaften die Liegenschaften der neuen Stiftung gehören, sollen im Beirat der Stiftung mitwirken können, haben aber über diese Mitwirkung an der Beratung der Stiftungsorgane hinaus keine Mitwirkungsrechte. Zudem trifft der Vertragsentwurf bezüglich der Museen oder Betriebe in den Liegenschaften der neuen Stiftung keine Regelungen.

So erweist sich der Vertrag in dieser Form als Thüringer Interessen schädlich und nicht zustimmungsfähig, weshalb er in der öffentlichen, der politischen und der Fachdiskussion in Thüringen auf massive Kritik und Ablehnung stieß. Es ist daher geboten, die Problematik einer solchen länderübergreifenden Stiftung noch einmal neu anzugehen und die von unterschiedlichen Seiten von Beginn an favorisierten Modelle ins Spiel zu bringen. Dabei wäre darauf zu achten, dass die seit über 25 Jahren bewährte Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten erhalten bliebe und Thüringen ungeachtet der weit über den Freistaat hinausweisenden Bedeutung seines kulturellen Erbes unabhängig über dieses entscheiden kann. Dies gilt umso mehr, als eine länderübergreifende Stiftung mit Blick auf Schlösser und Gärten keineswegs durch ein gemeinsames kulturelles Erbe der Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt nahegelegt wird. Tatsächlich zeichnet sich Thüringen diesbezüglich durch ein besonderes Vermächtnis einer einmaligen Residenzkultur aus, die der vormaligen dynastischen Vielfalt auf engem geographischem Raum erwachsen ist und von dort ihre Prägung erhalten hat und sich von der Schlösser- und Gartenlandschaft Sachsen-Anhalts deutlich unterscheidet. Der gelegentliche Hinweis auf die länderübergreifende Stiftung Preußische Schlösser und Gärten als Vorbild einer Stiftung Mitteldeutschland Schlösser und Gärten verschleiern den Umstand, dass im Fall der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zwei gleichgeartete Schlösserverwaltungen zusammengeführt wurden, die eine weitgehend zusammengehörige Kulturlandschaft betrafen, was im vorliegenden Falle nicht gegeben ist. Insofern ist der im Vertragsentwurf vorgesehene Zusammenschluss der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten und der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt in der neuen länderübergreifenden Stiftung willkürlich.

Wenn das Anliegen des Sonderinvestitionsprogramms I darin besteht, die Erhaltung und Entwicklung der Residenzkultur Thüringens, seiner Schlösser und Gärten zu fördern und den enormen Investitionsstau zu überwinden, von dem nach wie vor viele Liegenschaften und Einrichtungen in Thüringen betroffen sind, sollte zur angemessenen Investition der entsprechenden Bundesmittel eine Lösung gefunden werden können, die die Kulturhoheit des Freistaats nicht untergräbt und mit der die bewährten Strukturen erhalten und weiterentwickelt werden können.

Für die Fraktion:

Braga